

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Morwirts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geleiseplatz 3-5 Uhr

Verleger: Voerwachs-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Neuer Marktsturz.

Dollar in New-York 7,7 Millionen — in Berlin 6,4-7,5 Millionen. Tiefeinschneidende Maßnahmen der Regierung.

Die eingehenden Beratungen des Reichskabinetts, über die in der Nacht nur eine kurze amtliche Meldung abgegeben wurde, zogen sich fast bis zur Witternachtsstunde hin. Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Beratungen vertraulich sind, und daß Einzelheiten über sie nicht anders als auf amtlichem Wege veröffentlicht werden können. Nur soviel kann gesagt werden, daß die Beschlüsse Maßnahmen tiefeinschneidender Natur betreffen und sich wahrscheinlich schon binnen kurzem auswirken werden.

Das Kabinett ist sich hoffentlich ebenso wie die politischen Parteien und die gesamte Öffentlichkeit darüber klar gewesen, daß es für solche Maßnahmen die allerhöchste Zeit ist. Die Spekulation an den in- und ausländischen Börsen treibt schon wieder ihr verbrecherisches Spiel mit der deutschen Mark. An der gestrigen New Yorker Börse überstieg in der Schlussnotierung der Dollar bereits wieder die siebente Million. Und prompt hat sich gezeigt, daß die deutschen Spekulanten nicht warten wollen, um den New Yorkern nachzusehen. Es sind deshalb tatsächlich die brutalsten Mittel notwendig, um wenigstens auf deutschem Boden diesem frevelhaften Treiben, das durch den unaufhörlichen Notendruck begünstigt wird, ein Ende zu bereiten. Ungeheure Mengen von Devisen befinden sich in deutschen Privat Händen, und wenn man die Banken zwingen würde, ihre Tresors zu öffnen, so würde der Finanzminister wahrscheinlich selbst erstaunen über die Größe der Vorräte an ausländischen Zahlungsmitteln. Leidet das Reich und das Volk Not, so kann es nur eine Lösung geben: An dieser Notlage sind alle Volksteile in gleichem Maße zu beteiligen! Das Vorrecht der Besizenden, in gesicherten Bankfächern ihre Reichtümer aufzuspeichern, darf in solcher Notlage nicht unangefastet bleiben. Es muß erwartet werden, daß die Regierung auf alle diese Schätze die Hand des Reiches legt und sich durch keine Winkelzüge der mit allen Wassern gewaschenen Hamsterer davon abbringen läßt. Die Notwendigkeit der Schaffung eines großen Devisenbestandes für das Reich leuchtet inzwischen auch den bürgerlichen Parteien ein, die bisher das Privateigentum über alles gestellt haben. Auch bürgerliche Kreise finden sich bereits mit der Möglichkeit ab, daß ihnen eines Tages eine eidesstattliche Versicherung über die Höhe ihrer Bestände abverlangt wird. Eine solche eidesstattliche Versicherung ist sicher ein stärkeres Druckmittel, als die bisherigen Steuererklärungen es waren. Aber man muß sich darüber klar sein, daß ein gerissener Geldmacher sich vor der eidesstattlichen Versicherung noch weniger fürchtet als das Prinzeßchen aus dem Traumland Ehrhards. Selbst wenn eine solche Versicherung gefordert und ihre Verletzung mit den schwersten Strafen bedroht wird, so muß man doch damit rechnen, daß der Hang zum Bereichern in gewissen Kreisen stärker ist als der zur Wahrheit. Nur die Androhung der vollständigen Vermögenskonfiskation

im Falle der falschen Abgabe einer solchen Eidesversicherung könnte vielleicht den einen oder den anderen der Defraudanten noch einschüchtern. Aber die Reichsregierung wird damit rechnen müssen, daß auch diese ihre empfohlenen Maßnahmen nicht ausreichen dürften, daß sie vielmehr zur direkten Beschlagnahme schreiten muß, wenn sie wirklich die Devisenbestände in die Verwaltung des Reiches übernehmen will. Sie würde dann zweifellos das ganze Volk hinter sich haben, und in den Betriebs- und Angestelltenräten eine sehr wirkungsvolle und sachkundige Unterstützung finden, wenn sie sich zu einem solchen Entschlusse durchringen würde.

Inzwischen warten wir darauf, daß die Regierung selbst mitteilt, welche Beschlüsse sie inzwischen gefaßt hat. Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst glaubt über den Inhalt der gestrigen Beratungen zunächst das Folgende mitteilen zu können: Die Reichsregierung hat entsprechend den am Montag abend gefaßten Beschlüssen zur Schaffung eines Devisenbestandes sofort eine Verordnung fertigt stellen lassen, die wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Abends, spätestens aber am Mittwoch veröffentlicht werden soll und mit ihrer Bekanntgabe in Kraft tritt. Der Sinn der Verordnung ist, dem mangelnden Pflichtbewußtsein der Devisenbesitzer gegenüber dem Staat mit gesetzlichen Mitteln abzuhelfen. Diese Notwendigkeit wurde von allen Kabinettsmitgliedern anerkannt, und es herrschte ebenfalls eine einheitliche Auffassung darüber, daß dem ersten Schritt zu diktatorischen Maßnahmen gegebenenfalls weitere folgen müssen. Die Regierung will nunmehr auch die letzte Möglichkeit ausnutzen, um einigermäßen stabile Währungsverhältnisse zu schaffen.

Heute nachmittag um 5 Uhr empfängt der Reichskanzler die Parteiführer zur Besprechung der Notverordnung.

Der gestrige Schlusssatz aus New York, der einer tiefen Parität von 7 700 000 Mark für den Dollar entsprach, überraschte selbst zahlreiche Börsenkreise, zumal am gestrigen Abend der Dollar in Berlin unter diesem Kurse mit circa 6 Millionen gehandelt wurde. Worauf der gewaltige neuerliche Marktsturz in New York zurückzuführen ist, darüber ist man sich noch vollkommen im Unklaren. Eine unausbleibliche Folge jedoch war es, daß der Deutsche Devisenmarkt mit rascher Schelligkeit sich heute in den Morgenstunden dem New Yorker anpaßte. Man hörte Kurse von 7 500 000 für den Dollar und von 30 Millionen für das Pfund. Dieses sichere Überhohste hinausschnellen der Kurse ließ gegen Mittag wieder etwas nach und es wurde der Dollar mit 6 400 000 und das englische Pfund mit 28 500 000 zu kaufen gesucht. Es war allerdings so gut wie gar kein Material angeboten.

Die Haufe am Devisenmarkt wird natürlich für den morgigen Börsentag eine solche auf dem Effektenmarkt nach sich ziehen. Bereits jetzt liegen bei den Banken umfangreiche Kaufordere vom Publikum vor und weitere Eingänge sind im Laufe des heutigen Tages nach zu erwarten.

Deutschland und Finnland.

Von Karl H. Will, Helsingfors, Mitglied des finnischen Reichstages.

Die Deutschfreundlichkeit der Finnländer scheint in gewissen deutschen Kreisen sprichwörtlich geworden zu sein. Man weist auf die lebhaften Beziehungen zwischen den Ludendorffschen und einigen finnländischen Kreisen hin, auf die Begeisterung, mit der General v. d. Goltz empfangen wurde, als er vor einigen Monaten an der fünfjährigen Gedächtnisfeier des Bürgerkrieges und der Okkupation unseres Landes durch deutsche Truppen teilnahm usw. In der letzten Zeit hat übrigens auch der Besuch eines deutschen Kriegsschiffes in Helsingfors Gelegenheit zur Entflammung derselben Gefühle gegeben. Es ist deshalb von Interesse, der Frage der finnischen Deutschfreundlichkeit auf den Grund zu gehen.

Deutschfreundlich im wahren, guten Sinne des Wortes ist das finnische Volk überhaupt, und es hat dazu wichtige Gründe. Die kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Völkern reichen tief in die vorgeschichtliche Zeit zurück, wurden sehr rege während der Zeit des Hansabundes und entwickelten sich immer lebhafter in der neueren Zeit, wo das wirtschaftliche Leben und auch die wissenschaftliche Bildung in Finnland in hohem Maße von Deutschland beeinflusst wurden. Das gleiche trifft auch auf die finnische Arbeiterbewegung zu. Die wichtigsten Werke der großen deutschen sozialistischen Theoretiker wurden schon vor etwa zwanzig Jahren ins Finnische überföhrt und haben einen wesentlichen Einfluß auf die Anschauungen der finnischen Sozialdemokratie ausgeübt.

Die „Deutschfreundlichkeit“ aber, die sich jetzt in gewissen finnländischen Kreisen ostentativ breitmacht, ist jüngerer Datums. Sie stammt vom Weltkrieg her, wo in einigen Kreisen der Bourgeoisie der Gedanke entstand, Finnland mit deutscher Hilfe vom Jarenjoch zu befreien. Obwohl auch die Arbeiterschaft die Befreiung vom Joch des russischen Imperialismus heiß ersehnte, verhielt sie sich zu dem erwähnten Gedanken meist passiv. Dagegen entsprach das damalige Deutschland vollkommen den politischen Idealen und Plänen der finnländischen Großbourgeoisie.

Diese Pläne kamen denen der damaligen deutschen Machthaber entgegen. Zwar wurde Finnland durch die russische Revolution vom Jarenjoch befreit, doch schien der finnländischen Bourgeoisie die deutsche Hilfe erforderlich, um die Truppen der russischen Republik aus Finnland zu vertreiben, gleichzeitig aber auch die revolutionären Arbeiter zu besiegen und eine weiße Diktatur in Finnland aufzurichten. Die deutschen Machthaber sahen ihrerseits in einem okkupierten Finnland eine wertvolle Stütze für die deutsche Macht an der Ostsee und ein wichtiges Glied in der Reihe der Vasallenstaaten, die das kaiserliche Deutschland damals vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer zu bilden beabsichtigte.

Die reaktionären Elemente in Finnland hatten zu wenig Rückhalt unter der Bevölkerung, um mit eigenen Kräften ein reaktionäres Regime aufzurichten zu können. Jetzt aber, unter dem Schutze der deutschen Bajonette und durch eifriges Aufstacheln des Klassenhasses der Bürgerlichen gegen die besiegten Arbeiter, gelang es, die demokratischen Erwerbungschaften der vorhergehenden Periode zum Teil zu vernichten. Um das Werk zu krönen, wurde ein deutscher Fürst zum König Finnlands gewählt — dadurch sollte Finnland dauernd in die Interessensphäre des kaiserlichen Deutschland eingereiht und das Bestehen eines konservativen Regimes in Finnland gesichert werden.

Die finnische Bauernschaft, die sich am Bürgerkrieg in entscheidender Weise beteiligt hatte, jedoch keineswegs die reaktionären Absichten der führenden Bourgeoisie teilte, nahm die deutsche Orientierung als eine Tatsache an, protestierte aber heftig gegen die Wahl eines Königs. Solange sich aber die Reaktionen auf Deutschland stützen konnten, blieben die Proteste der Bauernschaft sowie der liberalen Elemente der städtischen Bourgeoisie ergebnislos, während die Arbeiterschaft im großen und ganzen zum Schweigen verurteilt war.

Als Rettung nicht nur für die finnische Demokratie, sondern auch für die der baltischen Randstaaten, in denen die deutschen Machthaber gleichfalls die Hauptstütze der Reaktion waren, kam die deutsche Revolution. Und nun erfuhr die so lärmend verkündete „Deutschfreundlichkeit“ der finnländischen Reaktionäre eine Beschränkung, die ihr eigentliches Wesen enthüllte. Eine damals erscheinende finnländische Fachschriftenzeitung sprach es offen aus: „Das Deutschland, das wir lieben, ist das Wilhelm II. und nicht das des Herrn Scheidemann.“

Seitdem ist es gelungen, die demokratischen Tendenzen der großen Mehrzahl der finnländischen Bevölkerung einigermaßen zur Geltung zu bringen. Die Herren aber, die sehnsüchtig auf die schönen Zeiten der uneingeschränkten weißen Diktatur von 1918 zurückblicken, registrieren voll Ungebul alle Vorstöße der reaktionären Bewegung in den anderen Ländern, vor allem in Deutschland, denn sie wissen, daß die Wiederherstellung des alten reaktionären Deutschland ihre Bestrebungen außerordentlich fördern würde. Mit den entsprechenden Kreisen in Deutschland unterhalten diese Leute die freundschaftlichsten Verbindungen, und als Vertreter des alten kaiserlichen Deutschland wurde General v. d. Goltz neuerdings von unseren Reaktionären gehudigt und gefeiert. Die finnländische Sympathieadresse anlässlich der Ruhrbesetzung wurde denn auch mit einem Hinweis auf die „Befreiung“ Finnlands 1918 durch deutsche Truppen eingeleitet — wohl deshalb bezug die Zahl der Unterschriften nicht mehr als 70 000.

England vor der Antwort Poincarés.

London, 21. August. (SWB.) Der diplomatische Bericht-erstatler des „Daily Telegraph“ schreibt: Die allgemeine Stimmung in britischen Kreisen bezüglich der Ausschichten auf ein Uebereinkommen auf Grund der bevorstehenden Rote Poincarés (die heute Mittwoch in London überreicht werden sollte. Red.) sei gestern keineswegs optimistisch, eher sei sie pessimistisch gewesen. Die Rede Poincarés in Chartreille sei vollkommen unanschmeichelhaft gewesen. Klar sei, daß die französische Regierung sich bestrebe, in den Augen der Welt einen Schein zu vermeiden, als sei sie verantwortlich für eine etwaige Einstellung der augenblicklichen Verhandlungen und für ein Ende der Entente selbst und als wolle sie nichts anderes als die unbeschränkte Fortsetzung der bisherigen zwiespaltigen Verhandlungen, bis Deutschland kapituliere oder zusammenbreche. Diese Politik des „Quoi d'Oray“ sei gescheitert und verstandlich. Sie brauche Baldwin, Curzon und ihre Kollegen nicht scheu zu machen, wenn auch in Paris angenommen werde, daß die äußere Persönlichkeit der Rote die englischen Kritiker der britischen Regierung stärken werde. Bevor die französische und die belgische Rote eingegangen und vom Kabinett erwogen würden, könne nicht gesagt werden, welche Politik gewählt werde. Es könne jedoch nicht erwartet werden, daß die britische Regierung ihren und den amerikanischen Gedanken einer wissenschaftlichen Neuerrichtung der deutschen Zahlungsfähigkeit durch eine unparteiische Sachverständigenkommission aufgebe.

Französischer Besatzungsbericht.

Paris, 21. August. (TL.) Der „Matin“ gibt unter der Überschrift: „Unsere Besetzung bringt immer mehr ein“ einige Angaben über das bisherige Ergebnis der Ruhraktion:

1. Eisenbahnen: Die Zahl der von den Regierungszügen zurückgelegten Kilometer betrug im Mai 40 000, heute 60 000 und steigt weiter. Im Juli hat die Eisenbahngesellschaft 1 867 102 Reisende sowie 430 000 Tonnen Waren befördert. Diese Waren waren nicht für die Truppen bestimmt. Die deutschen Eisenbahner kehren allmählich zur Arbeit zurück. Am 1. April waren nur 78 Arbeiter im Tage, jetzt mehr als 7000, darunter mehr als 300 gelehnte. Das franco-belgische Personal setzt sich aus 15 000 Freiwilligen und 511 Militärs zusammen. Die Einnahmen entsprechen bis zu ungefähr 3 Proz. den Ausgaben.

2. Ausbeutung der Pfänder: Die Einnahmen an Rohsteuer, Zoll, Ein- und Ausfuhrabgabe, Ausbeutung der Forsten und Marktbeschlagnahmen überstiegen um das Fünftfache die Ausbeutungskosten. Die Entsendung von Forstern, Ingenieuren, Zollbeamten usw. habe nicht einen Heller gekostet. (2) Außer diesen Einnahmen sei der Ertrag von Kohlen, Farbstoffen, beschlagnahmten Stoffschlingemitteln zu berücksichtigen. Mit einer Operation, die am 13. August zu Ende geführt wurde, habe man 35 000 Tonnen erzielt. Weiter wurden 22 000 Tonnen Zucker beschlagnahmt. (3) Allein der Wert der Farbstoffe betrage mehr als hundert Millionen Franken. Die Kosten dieser Beschlagnahmen seien mehr als tausendmal durch ihren Betrag ausgewogen.

3. Die Fortschaffung zur Frankreich, Belgien und Luxemburg bestimmter Kohlen sei in durchwegs „zufriedenstellender Weise“ erfolgt. Während im Monat März täglich nur 600 bis 700 Tonnen Kohle abtransportiert wurden, verfähre man jetzt 9000 Tonnen pro Tag und im Juli 13 000 Tonnen Kohlen pro Tag. Vor fünf bis sechs Monaten würde der Vorrat an Kohlen nicht erschöpft sein. Der „Matin“ kommt zu dem Schluß: Die Ausbeutung der besetzten Gebiete schreie rauh und sicher fort in demselben Maße wie die „Besetzung des Reiches“. Diese Ausbeutung koste nichts, aber sie bringe jeden Tag mehr ein. Der Gewinn werde an dem Tage, wo die Arbeiter, wenn sie Berlin nicht mehr bezahle, die Arbeit wieder aufnehmen, bei weitem die Besatzungsausgaben übersteigen.

Ueber die französische Außenhandelsbilanz wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Paris gemeldet: Die französische Behauptung, daß die Produktion der Ruhraktion augenblicklich die Ausgaben in vollem Umfang decke, erfährt durch die Ziffern der amtlichen französischen Zollstatistiken eine schnelle Widerlegung. Danach hat Frankreich in den ersten sieben Monaten des Jahres 1923 17,3 Millionen Tonnen Kohlen und sonstige Kohlenprodukte gegen 16,7 Millionen Tonnen des Vorjahres eingeführt. Die durch den Ausfall der Ruhrkohlen bedingte Erhöhung der Zufuhr englischer Kohle hat den französischen Kohlereiern eine Mehrausgabe von 700 Millionen Franken verursacht. Der Wert der eingeführten Kohle figuriert in den französischen Außenhandelsbelegen mit 2 063,1 Millionen Franken gegen nur 1 357,5 Millionen Franken in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Gesamtwert der Einfuhr beziffert sich im gleichen Zeitraum auf 17,9 gegen 12,6 Milliarden im Jahre 1922, der der Ausfuhr auf 15,6 gegen 11,7 Milliarden. Die Erhöhung der Wertschiffer betrug danach für die Einfuhr 37 Proz., für die Ausfuhr 72 Proz.

Dennoch nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die Mittelpartei halten sich zu den mehr oder weniger reaktionären Kreisen ausgeprägten Äußerungen der „Deutschfreundlichkeit“ der höheren Bourgeoisie vollkommen abkehrend. Der Bauernbund, bei dem der Schwerpunkt des sozialen und politischen Lebens Finnlands liegt und wahrscheinlich für längere Zeit liegen wird, sucht Anknüpfung an die Völker des Baltikums, die zum Teil mit den Finnen verwandt sind und bei denen ebenso die Bauernschaft als Vorkämpferin der nationalen Eigenart auftritt. Als sich aber diese baltische Orientierung bis auf Polen erstreckte und ein Bündnis mit diesem Lande beabsichtigte, trat die Sozialdemokratie entschieden dagegen auf und brachte vor einem Jahre den Plan zum Scheitern. Der Standpunkt der Sozialdemokratie in der auswärtigen Politik besteht in einem Festhalten an freundschaftlichen Beziehungen zu allen Ländern, ohne das Schicksal Finnlands irgendwelchen fremden Interessen unterzuordnen. Die Geschichte der letzten Jahre hat bewiesen, daß dieser Standpunkt den realen Interessen unseres Landes am besten entspricht.

Ob die finnische Arbeiterklasse deutschfreundlich ist? Diese Frage kann mit einem unbedingten Ja beantwortet werden. Mit gespanntem Interesse verfolgt sie das Ringen der fortschrittlichen und der reaktionären Kräfte in Deutschland, indem sie den ersteren innig den Sieg wünscht. Sie weiß, was ein reaktionäres Deutschland einmal für uns bedeutet hat; sie weiß, wie leidenschaftlich die reaktionären Elemente in Finnland wie im Baltikum die Wiedergeburt des alten Regimes in Deutschland herbeisehnen. Nirgends würde deshalb die endgültige Unterdrückung der reaktionären Bestrebungen in Deutschland mit lebhafter Freude begrüßt werden wie bei der finnischen und baltischen Arbeiterschaft.

Schwabingerei.

Die kommunistisch-faschistische Verbrüderung.

„Es versteht sich, daß die KPD den tollen Anflug, den das Münchener Parteiblatt sich geleistet hat, strikt ablehnt und auf schnellste dafür sorgen wird, daß solche Schwabingerei aufgefressen wird. In der ausnahmeweise schwierigen Situation sind solche Entgleisungen eine handgreifliche Gefahr für die Partei.“ („Rote Fahne“ vom 8. Februar 1921.)

Die Schwabingerei, gegen die die „Rote Fahne“ im Jahre 1921 sich wandte, war der Versuch der Verständigung zwischen extremen Nationalisten und Kommunisten, um den revolutionären Krieg gegen die Entente und die faule Mitte in Deutschland vorzubereiten. Otto Thomas, der jetzt die Thüringer Kommunisten inspiriert, schrieb damals als Antwort auf einen Brief desselben Herrn Hans v. Hentig, von dem die „Rote Fahne“ heute eine Zuschrift veröffentlicht, wörtlich:

„Es muß eine Zeit kommen, wo das junge Deutschland sich weigert, den Schießprügel gegen die Arbeiter zu gebrauchen, wo beide sich die Hände reichen und gemeinsam eine neue Welt bauen.“

Heute ist der Tag, da wir uns erheben müssen. Gebt die Waffen, die in Deutschland vorhanden sind, nicht schwarzen Kolonialtruppen des Westens, gebt sie deutschen Arbeitern. Vereint Euch mit uns. Laßt uns auf die Strahlen gehen und die revolutionäre Volkserhebung ausführen. Laßt uns gemeinsam die Räterepublik aufrufen, das Vaterland der Arbeit und der Jugend.

„Nieder mit den Bedingungen von Paris.“

Damals wurde Otto Thomas für diese national-bolschewistische Schönheiten mit dem großen Kirchenbaum belegt und seiner Funktionen in der Partei auf längere Zeit enthoben. Heute haben sich die Zeiten gewandelt. Heute bezeichnen die Kommunisten ganz im Stile der Herren Hentig und Thomas jeden Menschen, der auf dem Wege von Verhandlungen zu einer Verständigung mit der Entente kommen will, als einen „Berräter an der Nation“. Der große Kirchenbaum richtet sich heute höchstens gegen diejenigen, die die „neue Taktik“ nicht schnell genug begreifen, denen bei den neuen Bundesgenossen nicht ganz wohl ist. Heute begrüßt die

„Rote Fahne“ eine Zuschrift des Herrn Hans v. Hentig bezeichnenderweise mit den Worten:

„Wir freuen uns, mit Offizieren seines Schlages uns auf einer gemeinsamen Linie finden zu können.“

Die gemeinsame Linie, auf der sich Kommunisten und Nationalisten finden wollen, kennzeichnet Hentig in seiner Zuschrift, die die „Fahne“ begrüßt, deutlich genug, wenn er davon spricht, „daß Hunderte von alten Frontoffizieren an der Seite des Kommunismus im gleichen Schritt und Tritt marschieren werden, wenn einmal die Trommel zum Streite (gegen Frankreich!) ertönt“. Der Nationalismus, der Revanchekrieg ist der gemeinsame Boden, auf dem Kommunisten und Nationalisten sich finden wollen.

„Betrieben von Dichtern und Denkern, Händlern und in Ungehör ergrauten Politikern wird sich die Ehre der Nation in die Hände der Arbeiter flüchten. Deutschlands Herrin wird sich keinen Führer ihres Bodens verschäthern, im Westen aber im Süden. Zur Nation zu stehen, die sich in der Arbeiterschaft verkörpert...“ wird für den deutschen Offizier, der seinem Staat die Treue hält, nichts Neues, Ungewohntes, nur Pflichterfüllung sein.“

Auf diesem Boden finden sich dann die Kommunisten auch nach Remmes treffenden Ausspruch mit den Rädern Diebnechts und Rosa Luxemburgs zusammen. Das Beinliche dieser Engleitung hat die Kommunisten veranlaßt, Remmes Rede nachträglich umzufälschen und so zu tun, als habe Remme von den Sozialdemokraten gesprochen, mit denen er zusammengehen wolle. Die Stuttgart-„Tagwacht“ weist aber aus dem wörtlichen Stenogramm der Rede nach, daß Remme von den nationalitätlichen Rädern gesprochen hat.

Offizielle Wortführer der Faschisten, wie Hitler und andere, weisen das Liebeswerk der Kommunisten zurück. Aber aus ihren Zurückweisungen geht deutlich hervor, daß die Kommunisten in den faschistischen Reihen die engsten Verbindungen haben. Daß Kadek mit Reventlow nicht nur offene Briefe wechselt, daß auch Verhandlungen zwischen beiden Gruppen stattfinden, ist ebenso bekannt, wie für jeden Ernsthaften das Zusammenarbeiten aus der Gleichartigkeit der Slogans spürbar wird. Hölleins Begrüßung des neuen Kabinetts als „Kabinett der Kapitulation“ war kein Zufall. Es ist gut, das zu wissen, damit man nicht überrascht wird.

Die Geldquellen der Kommunisten.

Rußland gibt Goldmillionen.

Man muß es den Russen lassen, sie verstehen es, Geld großzügig auszugeben. Und sie geben es auch nicht in lumpigen Papiermark, sondern gleich in Pfunden und Dollars. Wie die „Rote Fahne“ mittelst, hat die Rote Gewerkschaftsinternationale dem kommunistischen „Fünfzehner-Ausschuß“ eine Million Goldmark überwiesen. Das Gold, um in „Revolution zu machen“, fließt also wieder mal reichlich. Man weiß also wenigstens, woher die Mittel zu den Millionen Plakaten und Flugblättern stammen, mit denen die Kommunisten die Mittelwelt überschwebmen. Diese Art von Revolutionsfinanzierung zeigt auch, daß weder die russischen noch die deutschen Kommunisten irgend etwas gelernt haben oder bereit wären, ihre Verchwärmermethoden aufzugeben. Wo das Gold fließt, ist die Korruption unvermeidlich. Wir werden bald genug in neuen „Aktionen“ die Folgen dieser Vermüfung der Arbeiterbewegung erleben.

Konflikt im Hause Havenstein.

Havenstein maßregelt, statt selbst zu gehen.

Wir berichteten bereits darüber, daß das Reichsbankdirektorium dem Vorsitzenden des Betriebsrats der Reichsbank, Großmann, plötzlich maßregelt hatte, weil dieser im Auftrag der Streikleitung der Buchdrucker die Entfernung jener provozierenden Plakate verlangt hatte, die den Buchdruckerstreik schon nach zweiwöchigem Bestehen die Schuld an dem Zahlungsmittel

Lutherischer Weltkonvent.

Von Hans Bauer.

In diesen Tagen treffen sich in Eisenach offizielle Vertreter des Lutherthums aller Länder, um die waltmässige Kraft ihres Bekenntnisses in den Vordergrund zu rücken.

Man erfährt dies aus den Zeitungen und wird nun hier und da einen Auszug aus den Ansprachen der Hauptredner zu lesen bekommen, im übrigen sind die Weltkongresse nicht kümmerlich.

Es ist nicht als Beleidigung und Beschuldigung des lutherischen Bekenntnisses gemeint, wenn man nüchtern, wahrheitsgemäß und sachlich feststellt, daß der Geist des Lutherthums keine Kraft mehr hat. Die Worte von religiösem Verbundenheitsgefühl, innerlicher Gemeinschaft, Einigkeit im Glauben sind da nur matte und wenig überzeugende Begriffe. Die Größe der Lebensenergie einer geistigen Bewegung ist an der Anzahl der Gedankenkomplexe, die sie als sich übergeordnet anerkennt. Je weniger sie als übergeordnet anerkennt, um so stärker ist sie. Eine ganz große geistige Bewegung ordnet sich überhaupt nichts über.

Aber gibt es noch Lutheraner, die dies durchaus zuerst und erst in zweiter Hinsicht irgend etwas anderes wären?

Es war einmal möglich, daß Luthers Thesen an der Wittenberger Schlosskirche ungeheures Aufsehen erregten, daß seiner Lehre wegen Kriege geführt werden konnten. Heute wissen außer ein paar Fachgelehrten und Schülern, die „es eben gehabt haben“, auch beliebige Menschen kaum noch die größten Grundgedanken der Thesen, heute ist es undenkbar, daß zwei Leute sich Luthers Gedanken wegen in die Haare fahren, geschweige denn, daß Völker darüber Kriege führen. Es hat keine Durchschlagskraft mehr, das lutherische Bekenntnis. Die Menschen unterscheiden sich in Völker oder in politische Parteien, aber nicht mehr in Konfessionen. Es gibt Deutsche, die für ihr Deutschland, Franzosen, die für ihr Franzosentum, es gibt Kommunisten, Sozialisten, Monarchisten, die für Kaiserthum, die Republik oder den Kaiser sterben würden, aber es gibt kaum mehr einen Lutheraner, der für sein Lutherthum in den Tod ginge. Es gibt der Zahl nach wohl gegen sechzig Millionen Lutheraner auf der Welt; aber nur ein unbedeutend kleiner Bruchteil davon ist zuerst Lutheraner und dann alles andere.

Die großen elementaren stilklichen Begriffe der Liebesgewinnung und des Brüderlichkeitsgefühls haben auf die Dauer der Einordnung in das lutherische Dogma gespottet. Sie haben schon lange diese Form gesprengt und sich neue gesucht, die lebensfähiger sind.

Luther hat eine Tat getan, die, als er sie tat, viele als groß und betäubend ansehen mochten. Das Lutherthum hat nicht Schritt gehalten. Es hat nicht geführt, es hat sich führen lassen. Es hat vor dem Kriege nicht über dem Staat und während des Krieges nicht über dem Krieg gestanden. Es hat sich in beider Dienst gestellt.

mittelmangel zuziehen, und weil er außerdem als Reining der Gewerkschaften den Bunsch nach Havensteins Rücktritt ausgedrückt hatte. Die frühe Entlassung Großmanns hat im Personal der Reichsbank und der Reichsdruckerei begriffliche Empörung hervorgerufen.

Am Montag fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über eine Beilegung des Konflikts statt. Ein Vertreter des Buchdruckerverbandes gab die Erklärung ab, daß die Maßregelung Großmanns aus dem Buchdruckerstreik resultiere und das graphische Personal der Reichsdruckerei sich geschlossen hinter den entlassenen Betriebsrat stelle. Falls das Reichsbankdirektorium die Kündigung nicht zurücknehme, werde eine erneute Stilllegung der Rotenpresse die unausbleibliche Folge sein. Direktor Kunz von der Reichsbank, der bei der Unterhaltung zwischen dem Präsidenten und dem Betriebsrat zugegen war, gab zu, daß Großmann erklärt habe, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft wünsche einen Wechsel in der Leitung der Reichsbank und verlange als äußeres Zeichen der Kursänderung den Rücktritt Havensteins.

Die Vertreter des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten, Warg und Emonts, traten für die restlose Zurücknahme der Kündigung ein mit der Begründung, daß der Betriebsrat ein wichtiges Glied des Betriebes sei und nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht habe, die Betriebsleitung auf vorhandene Mißstände aufmerksam zu machen.

Die von der Reichsbank entsandten Vertreter erklärten, daß das Reichsbankdirektorium am Dienstag zu einer Sitzung zusammenzutreten und mit dem Fall beschließen werde. Das Direktorium sei auch geneigt, sich dem Spruch eines vom Reichsarbeitsministerium zu ernennenden Schiedsgerichts zu unterwerfen. Die Reichsbank werde ihren Beschluß am Dienstag nachmittags dem Ministerium bekanntgeben.

Von diesem Beschluß werden die weiteren Maßnahmen der Gewerkschaften abhängig gemacht werden. Wie hoffen, daß inzwischen Präsident Havenstein den Weg ins Freie gesucht und dadurch einem neuen schweren Konflikt den Boden entzogen haben wird.

Die Republikanisierung der Verwaltung.

Rücktritt des Staatssekretärs Weller.

Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, hat der neue Reichsminister des Innern, Sollmann, den Staatssekretär des Amtes, den Freiherrn und Ritter des Johanniter-Ordens von Weller, aufgefordert, sein Rücktrittsgesuch einzureichen. Ein Zeichen für die geringe Liebe dieses Beamten gegenüber der Verfassung und der Republik bildet die Tatsache, daß Herr von Weller im Vorjahre trotz des Rathenau-Mordes und der Schaffung des Republikenschutzgesetzes in seinem Urlaub verblieb. In diesem Jahre trat er außerdem dem Herrn von Weller mit der großen inneren Krise zusammen. Trotz Kabinettsrücktritts und höchster Not im Innern hielt er sich nach dem Minister höchste Beamte des in solchen Momenten wichtigsten Ministeriums nicht für nötig, seinen Urlaub zu unterbrechen.

Bei dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, daß sich die Nachricht von der Abberufung des in letzter Zeit vielumstrittenen Reichskommissars für die öffentliche Ordnung, des Obersten Kuenzler, nicht (oder noch nicht) bewahrheitet.

Der „Temps“ gegen Stresemann.

Paris, 21. August. (U.) Der „Temps“ richtet in seiner gestrigen Abendausgabe einen Angriff gegen den Reichskanzler, dem er seinen in „Hannoverschen Kurier“ veröffentlichten Protest gegen die Grenzschließung verbietet. Die Maßnahme, so heißt es, gegen die Stresemann protestiert, werde vollzogen durch die im Rheinland verübten Attentate gerechtfertigt, deren Urheber sich gewöhnlich im unbesetzten Gebiet aufhalten. Wenn der Reichskanzler sich begnügt hätte, diese Frage auf diplomatischem Wege zu behandeln, würde die Presse sich nicht in sie eingemischt haben. Der „Temps“ beschließt sich zum Schluss noch in sehr ausführlicher Weise mit der Vergangenheit Stresemanns, an der er verschiedenes auszuführen hat.

find 77 000 angemeldet, in Wirklichkeit sind es viel mehr. Es kommt also jetzt in Wien auf je 24 Menschen ein Hund. Selbst der größte Hundsfreund wird zugeden, daß dies Verhältnis besonders in den Zeiten wirtschaftlicher Not ein bißchen übertrieben ist. Freilich war es schon einmal schlimmer. Im Jahre 1820, also vor rund hundert Jahren, hatte Wien 300 000 Einwohner und 54 000 Hunde, auf je vier Menschen kam ein Hund, d. h. jede Familie hielt sich durchschnittlich je Hundel; aber damals konnte man sich das schon eher leisten.

Das entthronte Konstantinopel. Der Vizepräsident der türkischen Nationalversammlung Ali Fuad Pascha hat erklärt, daß gar nicht daran zu denken sei, daß Konstantinopel wieder der Sitz der türkischen Regierung werde. Die Hauptstadt der neuen Türkei bleibt Angora, und es werden bereits umfassende Vorbereitungen getroffen, um die Stadt wieder aufzubauen und mit dem Eisenbahnnetz zu verbinden. Angora ist gegenwärtig eine orientalische Klein- Stadt mit niedrigen Häusern und schmutzigen Straßen. Von weitem macht es den Eindruck einer mittelalterlichen Festung, wie es mit seinen alten Mauern auf dem steilen zerklüfteten Hügel liegt, der die Umgebung beherrscht. Die Stadt hat ein außerordentlich strenges Klima im Winter. Es besteht der kühne Plan, die neue Hauptstadt nach dem Vorbild von Washington anzulegen.

Der Krieg gegen die bloßen Arme. Die athenischen Kurrieren, die unter dem Namen der „Jeloten Christi“ ihr Unwesen treiben und die bloßen Raden und Arme über Damen mit Teer beduinierten, bilden noch immer eine Gefahr für die griechische Frauenwelt. Die den Forderungen der Mode nicht entgegen will. Sie haben sogar zu noch schärferen Mitteln gegriffen, um die „Berberdinis der öffentlichen Sitten“, die sie von der Entblößung der Damen herleiten, zu bekämpfen. So bespritzte kürzlich bei hellem Tageslicht einer dieser Eiferer, der in Soßatenuniform war, in einer der Hauptverkehrsstraßen Athens die nackten Arme eines 14jährigen Schulmädchens mit Schwefelsäure und brachte ihr schwere Wunden bei. Die Empörung des Publikums gegen dieses Vorgehen ist groß; es ist aber bisher nicht gelungen, dieses „Jeloten“ habhaft zu werden.

Wettbewerbs für den Nolkoborplatz. Die Frage der Bebauung des Berliner Nolkoborplatzes soll auf dem Wege eines Wettbewerbs zu lösen gesucht werden. Es soll dem Platte ein beliebiges stahtbauartliches Bild gegeben oder doch der jetzt unbefriedigende Eindruck gemildert werden. Den Bewerbern soll volle Freiheit für ihre Vorstöße verbleiben. Das sagt die Stadtverwaltung, eine Verbindung mit rentierlichen Gärten für Verkaufshallen, Kioske u. m. vorzuziehen.

Das Reichspostministerium versinnert vom 17.-19. Sept. in Berlin, im Künstlerhaus, Volkswelt, 3. gebrauchte Briefmarken von Bayern, dem Kurlande, von Deutsch-Russland und Kamern sowie ungebrauchte Postmarken der deutschen Vorkolonien in Barokko. Schriftliche Stellungungsanträge werden entgegengenommen und kostenfrei angefertigt.

Ein New Yorker Kleinstheater. Die Größe eines stilklichen Neuen Drees hat das Theater von 37 Stücken, das jetzt in New York im Van 64. Untergrundbahn und Straßenbahnen durchgezogen seine Fundamente. 64 Kabinette sind eingebaut. Im zweiten Stockwerk wird es eine richtige Straße geben. Boulevard, der Künstler, genannt, mit Kultur- und Bühnen. Ein Vorkam, eine Bibliothek, Geschäftshaus und eine Aktungswache sind in dem Theaterbau untergebracht.

Der lutherische Weltkongress hat keine andere Bedeutung als die einer Berufsvertretung lutherischer Pastoren. Das Volk weiß mit ihm nichts anzufangen. Das Thema ist nicht mehr aktuell. Das liegt nicht an dem Volk, das liegt an dem Lutherthum.

Der nützlichste Baum der Welt. Er wächst nicht in unseren Breiten, deren Bäume sich an Wert mit ihnen nicht annähernd messen können. Unsere Obstbäume haben kein wertvolles Holz, unsere Holzbäume tragen keine Früchte. Der Baum jedoch, an dem jede einzelne Faser nützlich und verwendbar ist, und ohne den Millionen von Menschen überhaupt nicht existieren könnten, ist die Kokospalme. In den Oasen der Sahara erreicht ihr Wert einen Betrag von 200 Goldmark und mehr, was für diese weitentlegenen Gebiete außerordentlich viel ist. Dort, wo sonst kaum noch ein anderer Baum wächst, wird die Kokospalme bis auf die kleinste Kleinigkeit ausgenutzt. Aber auch in anderen Gebieten der Tropen und Subtropen kennt man sehr wohl die Nützlichkeit der Kokospalme. Der Stamm dient als Bauholz für Häuser, ferner zur Herstellung von Möbeln, landwirtschaftlichen Geräten und noch zahllosen anderen Artikeln. Die Indianer in Südamerika hohlen ihn aus und benutzen ihn als Boot. Die Blätter werden zur Dachbedeckung verwandt, die Blattstängel für Ruder und Angelruten. In der Wäntentopfe kann man Speisen konservieren; aus den Blättern wird Zucker, Essig und Todds, eine Art Grog, gewonnen. Aus dem Mark des Stammes kann man eine Art Sago bereiten. Das für reife Kokosnüsse eine der wertvollsten Nahrungsmittel der Tropen bildet, ist allgemein bekannt. Aus dem weißen Kern läßt sich ein wertvoller Creme bereiten, der einen guten Milchzusatz darstellt; das Kokosöl ist ein wichtiges Mittel für die Seifen- und Lichtfabrikation. Die Schwärze benutzen es auch als Mittel gegen Skorpionstiche. Der bei der Gewinnung von Kokosöl verbleibende Abfall wird zu Delfaden verarbeitet, der als Nahrung für Geflügel und Hausflure dient. Das Öl wird in manchen südlichen Ländern auch als Düngemittel verwendet. Aus der Schale der Kokosnuss werden Trinfbesch, Lampen, Flaschen, Löffel und sonstige Gegenstände hergestellt; sogar Zahnpulver kann man daraus bereiten, und wer in Not ist, hat daran ein gutes Brennmaterial. Die Hülsen dienen zur Gewinnung von Faserstoffen zu Matten und Postern, Bürsten, Seiden, Anfertigungen und Regen. Aus dem Gewebe an den Stengeln stellt man Selbstrichter und Fackeln her. Schließlich bildet die himmelanstrebende, lebende Kokospalme in den Tropen den natürlichsten Kletterleiter, da sie alle Gebäude überragt.

Die Gefahr der Tollwut. Wie bekannt, ist die Gefahr der Tollwut in letzter Zeit durch die Nähe der polnischen Grenze und durch die russischen Zustände auch für uns drohender geworden. Wie das Pasteurische Institut festgestellt hat, erfolgte die Übertragung auf den Menschen fast stets, in 93 Fällen unter 100, durch Hundebiß, 6 Proz. kommen auf Biße von Regen; daneben spielen Pferde, Rinder, Schafale und andere Tiere eine untergeordnete Rolle. Schlimm sieht es in Wien aus, wo die Tollwutfälle seit 1919 von 450 auf 996, also das Doppelte, im Jahre gestiegen sind. Der Hauptgrund davon ist die kolossale Zunahme der Hunde in Wien. Im Jahre 1918 zählte Wien 37 000 Hunde, 1922 waren es 81 000, und für das Jahr 1923

Die Anklage gegen Dehme.

Der Landesverratsprozess vor dem Reichsgericht.

B. S. Leipzig, 18. August.

Am kommenden Donnerstag, den 23. August, beginnt vor dem ersten Instanzlichen Senat des Reichsgerichts der Landesverratsprozess gegen den Berliner Journalisten Walter Dehme.

32. Lebensjahr stehende Angeklagte wird beschuldigt, vorzüglich Nachrichten, von denen er wusste, daß ihre Geheimhaltung ausländischen Regierungen gegenüber für das Wohl des Deutschen Reiches und im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist, einer ausländischen Regierung mitgeteilt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet zu haben.

Walter Dehme bediente u. a. die

„Transatlantic News Transmission Agency“

in Schweden, deren Berliner Vertretung das von Dr. Vargas geleitete „Internationale Korrespondenzbureau“ war. Dr. Vargas ist im Friedensvertrag wegen Landesverrats zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Von der Transatlantic wird behauptet, daß ihr früherer Leiter Schoppa ein Gehilfe des sehr bekannten englischen Spions Linsien gewesen sei und daß die Agentur überhaupt nur der Deckname für eine Filiale des Tinsleschen Spionagebureaus gewesen sei.

Dehme hatte mit Schoppa einen Vertrag abgeschlossen, wonach er gegen ein monatliches Gehalt von 100 holländischen Gulden ihm einen Nachrichtenendienst lieferte, der, wie aus vorerwähnten Schreiben hervorgeht, aber nur Mitteilungen vertraulicher Natur, keine durch die Tagespresse gehende Nachrichten enthielt. Dehme hätte sich selbst keiner außerordentlich guten Beziehungen zu den Zentralbehörden des Reiches und Preußens, vor allen Dingen zum Auswärtigen Amt, gerühmt.

Die unter Anklage gestellten Verträge, die der Transatlantic geliefert wurden, beschäftigten sich mit Vorgängen in der Reichswehr, mit der Tätigkeit angeblicher Selbstschützorganisationen und deren vermeintlichen Beziehungen zur Reichswehr, sowie mit der Frage des passiven Widerstandes an Rhein und Ruhr.

Auch die Steuerangelegenheit Stinnes, die 1911 Gegenstand einer Reichstagsdebatte war, spielt in diesen Berichten eine Rolle. Diese Nachrichten, die durch die Transatlantic zur Kenntnis ausländischer Regierungen gelangt seien, hätten u. a. auch zur Folge gehabt, daß der Ober der Internationalen Militärkontrollkommission in Berlin, General Koller, an die deutsche Regierung eine beschwerdeführende Note richtete.

Das Auswärtige Amt hat dann in seiner Antwort an Koller die in der Note aufgestellten Behauptungen als völlig unwichtig bezeichnet. Weiterhin hat Dehme in den letzten Jahren auch den „Wirtschaftspolitischen Spezialinformationsdienst“ (Wipolid) herausgegeben, zu dessen Abonnenten u. a. auch die Berliner Vertretungen einer Reihe von ausländischen Regierungen gehörten.

„Wipolid“

habe Dehme ebenfalls vertrauliche politische Nachrichten geliefert, u. a. über die Vorbereitung der deutschen Reparationsdenkschrift im Januar 1922, über angebliche Vorgänge bei der Bildung des Kabinetts Wirth sowie über die Tätigkeit der Rationalsozialisten in Bayern.

Die Weitergabe aller dieser zum Teil unrichtigen Nachrichten hätte sowohl an amtlichen Stellen wie auch in Berliner Kreisen großes Aufsehen erregt. Man habe von Dehme gewünscht, daß keine Informationen häufig stark frankophonem Charakter tragen und daß er sowohl mit den Franzosen wie mit den Russen in Fühlung stehe.

Gulaachen des Reichswehrministeriums und des Auswärtigen Amtes sprechen sich dahin aus, daß die Geheimhaltung dieser Nachrichten für das Wohl des Deutschen Reiches unbedingt erforderlich gewesen wäre.

Dehme selbst behauptet, daß die meisten dieser Informationen sich für jeden Kundigen ohne weiteres aus der Tagespresse ergeben hätten, daß die Wipolid-Berichte nur zur persönlichen Information der Abonnenten, nicht aber zur Weitergabe bestimmt gewesen seien. Keinesfalls will er erkannt haben, daß die betreffenden Nachrichten geheim zu halten waren.

Demgegenüber falle besonders ins Gewicht, daß z. B. die Transatlantic nach der Verhaftung Dehmes, also als sie keine Nachrichten mehr von ihm erhalten konnte, ihre Tätigkeit eingestellt habe, daß der Angeklagte ferner bei der Anfertigung bestimmter Berichte über die Reichswehr seine Sekretärin ausdrücklich angewiesen habe, keinen Durchschlag anzufertigen.

Auch die beschlagnahmte Korrespondenz Dehmes mit dem Rotterdamer Bureau der Transatlantic soll den Beweis dafür liefern, daß er den Charakter dieses Bureaus als politische Informationsquelle für ausländische Regierungen wohl erkannt habe.

Zu der Verhandlung, die unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Richter stattfindet, und bei der voraussichtlich Reichsanwalt Neumann die Anklage vertritt, sind u. a. als Zeugen geladen: Reichswehrminister Gessler, der preussische Innenminister Seering, Ministerialdirektor Dr. Heega, sowie vom preussischen Innenministerium, Landtagsabg. Emil Rabold, Redakteur H. W. Frey, Kriminalkommissar Mercier-Berlin, Schriftsteller Robert Breuer und frühere Angehörige der Deta. Die Verteidigung führen die Rechtsanwältinnen Dr. Paul Levi und Justizrat Werthauer.

Die Hitler-Truppe.

München, 20. August. (Eigener Drahtbericht.) Die „Münchener Post“ veröffentlicht am Montag ein Rundschreiben des Oberkommandos der Hitlerischen Sturmtruppe an die Unterführer, aus dem sich der Aufbau der rechtsradikalen Organisationen Bayerns in allen Einzelheiten ergibt.

Die unter 1 genannten Kampfverbände bestehen aus den Sturmabteilungen Hitlers, dem Bund „Oberland“ (bis München), dem Bund „Unterland“ (bis Ingolstadt) und der „Reichsliga“ (bis Nürnberg), während die wasserläufigen Verbände in München zurzeit in Umbildung begriffen sind. Der „Wikingbund“ wird geführt von dem ehemaligen Pressechef der Organisation G, dem Kapitänleutnant Sautter, während an der Spitze des „Blücherbundes“ der Regierungsbaumeister Schäfer steht. Sautter und Schäfer haben in dem Landesverratsprozess Fuchs und Genossen die bekannte Rolle gespielt.

Sturm auf . . .

Dieses Eine im voraus, um schweren Krisenständen vorzubeugen. Die städtischen Werke, soweit sie Gas und Elektrizität liefern, sind nicht vom entrüsteten Publikum gestürmt worden, sondern die Kassen der Werke. In langen Reihen stand man und wartete, bis man sein Geld glücklich losgeworden war.

Sonderbares sah man auch an den Kassen des Elektrizitätswerks Südwest in der Röhrlstraße. Hier und in den angrenzenden Straßen wohnen bekanntlich viele sehr reiche Leute, die wohl mit leichter Mühe viele Millionen für besser Essen und allerhand andere Genüsse ausgeben, die aber, um Gotteswillen, bei Bezahlung der Rechnung für elektrisches Licht nicht geschädigt sein wollen.

Wie immer! Es sind, wie das ja auch an dieser Stelle wiederholt betont worden ist, unheilbare Zustände; das Barometer steht wieder einmal auf Sturm in Berlin!

Ein Zentner Briketts 1 691 000 Mark.

Das Kohlenamt teilt mit: Infolge der ab 20. d. M. eingetretenen Erhöhung der Zechenpreise und Bahnfrachten ist eine entsprechende Heraushebung der Kleinverkaufspreise für Briketts und Koks erforderlich geworden. Die Brikettpreise stellen sich mit Wirkung vom 21. d. M., die Kokspreise mit Wirkung vom 22. d. M. wie folgt: Briketts je Zentner ab Lager 1 691 000 M., frei Keller 1 765 000 M., Koks je Zentner ab Lager 3 937 000 M., frei Keller 4 023 000 M.

Weitere Erhöhung des Hochbahntarifs.

Die zurzeit geltenden Tarife der Hochbahn werden vom Freitag ab verdoppelt. Die Fahrt bis zur 5. Haltestelle wird also 50 000 M., darüber hinaus 70 000 M. in der 3. Klasse und 70 000 bzw. 90 000 M. in der 2. Klasse betragen. Ein Umtausch von Fahrkarten braucht nicht stattzufinden, da zwei Karten des gegenwärtig geltenden Tarifs für die Uebergangszeit für eine Fahrt berechnet werden.

Zunehmende Unsicherheit in Treptow.

Am Montag Abend kurz nach 10 Uhr wurde im Treptower Park an der Wasserseite umseit vom Jenseitschen Lokal, der 47jährige Metzgermeister Alfred Brune aus der Chadowitzstraße 37 auf einer Bank demütlos aufgefunden. Der Polizeibericht spricht von totaler Betrunktheit. Brune selbst gab später an, er habe nur wenig getrunken und glaube, durch schlechten Schnaps in den Zustand der Bewußtlosigkeit geraten zu sein.

Die Einwohner der Stragenzüge am Treptower Park und der Kiehlholzstraße mit den Parallelen- und Querstraßen, der Leibl, Deetzgerstraße usw. Die Verbrecher kundschaften ohne Zweifel die Gelegenheiten aus, indem sie sich auf dem Bahndamm, der dort vorbeiführt, umhertreiben und die Gärten und Häuser beobachten.

Ein Reichsbankdirektor, der die Arbeiter beneidet!

Lieber die Schwierigkeiten bei der Reichsbank, die nötigen Gelder zu Lohnzahlungen zu bekommen, geht uns die folgende Schilderung an:

Am Freitag waren wir im Auftrage der Firma R. Goehne, Hügel- und Pianofortefabrik in Treptow, um 7 Uhr in der Riederwollstraße, um einen Reichsbankbesuch im Betrage von 500 Millionen Mark einzulösen. Als wir um 10 1/2 Uhr an den dafür bestimmten Schalter kamen, wurde uns bedeutet, daß es zur Auszahlung erst der Bestätigung des Reichsbankdirektors Braun bedürfe. Das hundelange Warten war vergeblich; wir mußten den Weg nach der Lagerstraße antreten und dort wiederum warten.

Nase wegkaufen, denn wir müssen mit weit weniger auskommen.“ Um nicht mehr länger Zeit zu verlieren, mußte ich diese interessante Unterhaltung abbrechen.

Besser als durch dieses Beispiel kann wohl nicht die gefindene, völlige Selbstfremdheit der oberen Beamten dem eigentlichen Volk gegenüber gekennzeichnet werden. Gerade diese Herren, die sich mit ihren Familien in einer vollkommen gesicherten Stellung befinden, hätten allen Grund, sich ruhig und bescheiden zu verhalten. Vielmehr aber ist eine unersäglich gewerkschaften oder ein Berliner Betriebsrat so freundlich, dem Herrn Reichsbankdirektor die Stelle eines Arbeiters in irgendeinem Betriebe zu verschaffen.

Freimadrig zweier Spielerwohnungen.

Auf Grund des Rotgesetzes vom 24. Februar 1923 Art. 5 hat das Spielerbezirksamt der Polizeibehörde im Bezirk Schöneberg zwei 3-Zimmerwohnungen geschloffen und dem Wohnungsamt Schöneberg davon Mitteilung gemacht. Das Wohnungsamt hat diese beiden 3-Zimmerwohnungen, nämlich die 3-Zimmerwohnung der Frau Herz in der Neuen Ansbacher Straße Nr. 12 und die 3-Zimmerwohnung der Frau Gieseler, Rollendörferstraße 2, auf Grund des oben genannten Rotgesetzes sofort in Anspruch genommen und unter Androhung der sofortigen Zwangsäumung die Freimachung der Wohnungen innerhalb weniger Tage durchgeführt.

Davon soll der Invalide leben!

Ein Arbeiter, der durch ein langwieriges Schicksal leiden invalide geworden war, beantragte die Gewährung einer Invalidenrente. Unter dem 8. August 1923, gerade in der Zeit rapiden Steigerung der Lebensunterhaltskosten, erteilte die Landesversicherungsanstalt Berlin ihm den leichtsinnigsten Entscheid. Wie hoch ist der Betrag, den man ihm zugesprochen hat? Bei 100 Proz. Erwerbslosigkeit ist für ihn eine Invalidenrente herausgerechnet worden, die mit dem für zwei Kinder gewährten Zuschuß im ganzen 216 M. pro Jahr beträgt. Dazu kommt als Renteerhöhung eine Feuerungszulage von 8000 M. pro Jahr, so daß sich ein Gesamtbetrag von 11916 M. pro Jahr ergibt, der auf 12000 M. abgerundet wird. Da die Rente ab 1. März 1923 nachgezahlt wird, so hat er im August sechs Monatszahlungen von je 1000 M., zusammen 6000 M. abzubezahlen.

Die zurzeit geltenden Tarife der Hochbahn werden vom Freitag ab verdoppelt. Die Fahrt bis zur 5. Haltestelle wird also 50 000 M., darüber hinaus 70 000 M. in der 3. Klasse und 70 000 bzw. 90 000 M. in der 2. Klasse betragen. Ein Umtausch von Fahrkarten braucht nicht stattzufinden, da zwei Karten des gegenwärtig geltenden Tarifs für die Uebergangszeit für eine Fahrt berechnet werden.

Festnahme zweier Friedhoffränder.

Zwei Friedhoffränder wurden mit ihrem Hehlter von der Kriminalpolizei festgenommen. Die Metallbühse auf den Friedhöfen heißen sich, wie wir wiederholt mitteilen geradezu erschreckend. Das liegt zu einem guten Teil daran, daß die Diebstahlshehler finden, und daß diese sowohl wie sie selbst, wenn sie einmal gefast werden, mit verhältnismäßig niedrigen Strafen davonkommen.

Ein 20 Jahre alter Steinweg Wilm Domasch, ein Sohn hochachtbarer Eltern, hatte sich als Anführer mit einem 21jährigen Arbeiter Alfred Pelz den Friedhof der Luisenstädtischen Gemeinde an der Bergmannstraße zu seiner nächtlichen Arbeit ausgesucht. Geeignetes Handwerkzeug verfertigten die beiden unter dem Feuer irgendeines Grabes, das sie sich merkten. Dann stiegen sie bei Nachtzeit über die Mauer und beraubten die Grabstätten des wertvollen Metalls.

Die nationale Welle lautet das Thema, über das Genosse Herzer Bleier heute Dienstag Abend 7 Uhr in der Aula der Kaiser-Friedrich-Schule, Charlottenburg, Anfechtstraße 24 (am Saabmannplatz) spricht.

Mit dem Automobil in den Abgrund. Aus Rizza wird gemeldet, daß auf einer Alpenstraße bei Rizza ein Touristenautomobil unter ähnlichen Umständen in den Abgrund gestürzt ist, wie vor Wochen in der Umgebung von Lourdes. 6 Personen wurden bei dem Absturz getötet und 12 verletzt.

Choleraepidemie in der asiatischen Türkei. Aus Bagdad wird gemeldet: Mehr als 747 persische Kulis sind in Abadan an der Cholera zugrunde gegangen. Die Epidemie griff auch auf Bastra über, wo bereits mehr als 76 Todesfälle verzeichnet werden. In Bagdad sind drei Personen an der Cholera gestorben.

Opfer der koreanischen Sturmflut. Einer Meldung aus Korea zufolge sind bei der jüngst gemeldeten Sturmflut an der Nordwestküste 348 Personen umgekommen. Mehr als 1000 Menschen werden jedoch noch vermisst.

Wetter für morgen. Berlin und Umgegend. Zunächst noch ziemlich warm, aber veränderlich, bei mäßigen südlichen Winden. Dann rasch zunehmende Erfröhung mit leichten Regenschauern und etwas Abkühlung.

Groß-Berliner Parteiennachrichten.

40. Abt. Die meisten (Küchen) holländische Mitgliedsvereinigungen sind unheilbar in der Behandlung. 41. Abt. Wirthabend 7 1/2 Uhr im Jugendheim Dönhofsplatz. Thema: 30. der Generalversammlung ein wirtschaftliches oder politisches Ziel? Alle Funktionen der Abteilungen und die Jugendleiter müssen erscheinen.

Gewerkschaftsbewegung

„Die Gelder kommen von den Arbeitern“.

Die Antwort auf unsere gestrige Frage legt die „Rote Fahne“ in diese Uebersicht. Da sie jedoch selber einleuchtet, daß das keine aus-reichende Antwort auf unsere Frage ist, macht sie eine Art Rechnung aus, wonach allein die vor längerer Zeit veranaltete Sammelwoche der Betriebsräte über 700 Millionen Mark ergeben habe. „Aus diesen Summen sind die Flugblätter für den Generalstreik bezogen.“ Diese Summe reicht jedoch für die Flugblätter nicht aus.

Wo die Geldquelle ist, gibt die „Rote Fahne“ offen zu. Sie bringt einen eigenen Drahtbericht aus Moskau, wonach das Exekutivkomitee der Roten Internationale eine Million deut-scher Goldmark zur Unterstützung der infolge des „General-streiks“ Gemahregelten angewiesen hat. Triumphierend verkündet die „Rote Fahne“, daß die deutsche Arbeiterchaft jetzt sehe, wo ihr wahrer Bundesgenosse ist. Im Interesse der Gemahregelten und deren Familien ist es sicherlich erfreulich, wenn es der R.D.-Zentrale gelingt, die notwendigen Unterstützungsgelder zu bekommen. Dennoch müssen wir uns fragen, welchen Sinn es denn eigentlich hat, die Arbeiter erst in einen von vornherein verfehlten „Generalstreik“ zu treiben, um dann den Gemahregelten Unterstützung zu zahlen, die sie ohne diese „Aktion“ nicht nötig gehabt hätten.

Rechenbeispiel: Die „Rote Fahne“ sucht die Sache so zu drehen, als hätten wir uns irgendwie dagegen gewandt, daß die Kom-munisten die nötigen Gelder zur Unterstützung der Opfer ihres Generalstreiks zusammenbekommen. Dieser Trick scheltet an dem Wortlaut unserer Frage nach der Herkunft der Gelder für die Inzenerierung des „Generalstreiks“. Daß die Kom-munisten „großzügig“ genug sind, für die Opfer ihres Generalstreik-untzugs auch bei sozialdemokratischen Arbeitern zu sam-meln, brauchen sie nicht erst zu betonen. Sie haben sich bisher noch stets darauf verlassen, daß auch unsere Genossen, die Amsterdamer Verräter, die Schäden mitzumachen müssen, die die Kommunisten durch ihre Aktionen verursacht haben. Ohne „Generalstreik“ konnten nicht nur die 700 Millionen Mark und mehr für Flugblätter erspart werden, sondern außer der Goldmillion aus Ausland auch die Sammlungen und nicht wenigen Familien großes Elend.

„Proletarische Hundertchaften“ im Rabelwerk Oberspree.

Ran schreibt uns: „Daß die sogenannten „Proletarischen Hundertchaften“ nicht allein gegen die Faschisten, sondern gegen Andersgefinnte über-haupt sich „sehr gut bewähren“, wahrscheinlich auch zu dem Zwecke gegründet wurden, um dem politischen Kampf hanfgerichtlichen Nachdruck zu geben, dafür ist der Beweis wie in anderen Betrieben auch im Rabelwerk Oberspree erbracht. Nur mit dem Unterschiede, daß die Hundertchaften hier von der Direktion noch für Aufrechterhaltung der Ordnung ein Lob be-kommen und daß die Kommunisten auf dem Höhe des Betriebes ungeniert zur Anstellung von Hundertchaften auffordern können, den sie dann besetzen und arbeitenden Abteilungen gewaltiam zur Betriebsversammlung heranziehen. Das geschieht dann mit Eisenstangen, Aabelenden, Stöcken und sogar Messern. Die Andersge- fintnen dürfen aber beileibe nicht etwa in der ersten stunden- weise Betriebsversammlung ihre Meinung äußern; wir würden sicherlich nicht nur heruntergeschrien, sondern auch verprügelt werden. Die Führer der R.D. werden sogar außerhalb des Be-triebes mit Totschlag bedroht. Während der letzten Betriebsversammlung am 15. August wurden die An-ge-stellten aus den Bureau geholt und einige Betriebs-leiter verprügelt; von dem, was die Arbeitskollegen auszuhalten hatten, gar nicht zu reden. Es war die reine Partholomäusnacht. Unseren Genossen, die alle eine langjährige politische Erziehung hinter sich haben, kam diese Kampfweise völlig unverständlich und unvorstellbar, auch stieß sie ihr Gefühl gegen eine derartige Verwilderung des Kampfes der Arbeitsschüler untereinander. Daß aber in Zukunft die Angreifer gehörig heim geschickt werden, dafür ist gesorgt. Sie werden eben Abwehrformationen bilden. Das Lob der Direktion dürfte dann auch ihnen wohl ge-wiß sein.“

„Kommunistische Betriebsräte-Praxis“.

Zu der in Nr. 378 des „Vorwärts“ erschienenen Gegenüber- stellung zwischen einem Angebot der Firma Domotos u. Bach und den Forderungen der kommunistischen Fünfzehner-Kommission hatte uns der Betriebsrat der Firma eine preßgelehrliche Berich- tigung gegeben lassen, die wir am Sonntag (Nr. 385) brachten. Entgegen dieser „Berichtigung“ erklärt Herr Otto Bach:

1. Das im „Vorwärts“ wiedergegebene Angebot entspricht sinn- und sachgemäß dem Angebot der Firma in jedem ein-zelnen Punkte. (60 Pf. Mindestlohn mit „Vorwärts“-Zuschlag.)
2. Der Betriebsrat Druck hat das im „Vorwärts“ richtig wiedergegebene Angebot bekräftigt und abgelehnt.
3. Dem Betriebsrat ist das Angebot schriftlich übergeben. In diesem schriftlichen Angebot ist eine Ueber-gangszeit vorgeschrieben, die von der Firma freiwillig, ohne dabin-gehende Forderung fallen gelassen wurde. Das schriftliche Angebot bezog sich auf die Punkte 1, 2, 4, 7, 8 der kommunistischen Forde-rung in der „Rote Fahne“ vom 11. August. Die übrigen Punkte brauchen nicht schriftlich angeboten werden, da es zum Teil Selbst-verständlichkeiten, zum Teil schon im Betriebe geübte Praxis war.

Von der „Berichtigung“ des Betriebsrats Druck bleibt nichts weiter übrig als der Hinweis auf den Druck. Weil die Firma ein Angebot machte, wurde es als „reaktionär“ abgelehnt. Als aber die Betriebsratsabteilung der R.D. ähnliche Forderungen stellte, da war es eine „revolutionäre“ Aktion.

Generalversammlung des Landarbeiterverbandes.

Der Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes ist zur Einberufung der 8. Generalversammlung geschrieben. Auf der Tagesordnung der Verhandlungen, die am 17. September, vormittags 9 Uhr, in Mägelburg, Klosterberggarten, eröffnet werden, steht neben der Entgegnahme des Geschäftsberichts des Verbandsvorstandes die Aussprache über Lohnbewegungen und Tarifverträge sowie die Beratung der Verbandssatzungen und die Vornahme der Neuwahl des Verbandsvorstandes.

Aus der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.
Für die bei ihr angeschlossenen Seeleute-Organisationen beruft die I.T.F. auf 16. und 17. Oktober eine in Amsterdam abzuhaltende Konferenz ein, auf der zufolge der neulich in London abgehaltenen Besprechung die definitive Ernennung eines Sekretärs für die zu gründende Abteilung Seeleute dieser Internationale erfolgen soll.

Meinungsfreiheit in einem Sowjet-Deutschland.

Aus Dranienburg wird uns geschrieben: „Wie es in einem bolschewistischen Sowjet-Deutschland mit der Meinungsfreiheit bestellt sein würde, davon gibt folgender Fall einen kleinen Vorge-schmack:

Der Postler und der Betriebsobmann der Firma Haubitz hatten sich gegen den „Generalstreik“ gewandt unter Hinweis darauf, daß der A.D.G.V. nicht dazu aufgerufen, sondern sich dagegen ge-wandt hat, ebenso die W.B.D., deren Mitglieder sie sind. Sie stimmten gegen den Streik, fügten sich jedoch der Mehr-heit und streikten mit.

Es genügte jedoch den Drahtziehern nicht, durch ihre klügliche verpuffte Aktion die Arbeiter unnötigerweise um den Lohn von zwei Arbeitstagen gebracht zu haben. Vielmehr führten sie nach dem „Generalstreik“ einen Beschluß der Belegschaft herbei, mit dem Postler und dem Betriebsobmann nicht mehr zusammen zu arbeiten und solange weiterzuarbeiten, bis die beiden von der Firma entlassen würden — weil sie gegen den „Generalstreik“ gestimmt hatten. Dem Unternehmer wurde erklärt: Wir wollten den beiden Partei-disziplin beibringen.“

Die Firma Haubitz lehnte die Entlassung der beiden verheirate-ten Genossen ab und gab der streikenden Belegschaft ihre Entlassung. Nach zwei Tagen Lohnverlust wurde die Arbeit wieder aufge-nommen, nachdem man den Unternehmer um Wiedereinstellung gebeten hatte.

Allerdings wurde ein Teil der Belegschaft nicht wieder ein-gestellt, darunter alte Kollegen und Familienväter, die sich die Parolen mit aufdrängen ließen.

Ein Streik, um zwei Arbeiter außer Arbeit zu bringen, weil sie eine eigene Meinung haben, die sich als richtig erwiesen hat, weil sie es gewagt haben, ihrer Meinung bei der Abstimmung Aus-druck zu geben. Wie soll das werden in Deutschland unter einer Sowjetherrschaft?“

Gesekentwurf für wertbeständige Gehälter in Polen.

(M.W.) Die polnische sozialistische Partei hat am 21. Juni 1923 einen Gesekentwurf über die Festlegung der Löhne der Ar-beiter und der Gehälter der Angestellten und Beamten in eine- theoretischen Goldwährung — dem polnischen Gulden — vor-gelegt. Diese Goldwährung wird im Werte dem Schweizer Franken gleichgesetzt.

Der Bericht über die Beweggründe, der diesem Entwurf beigefügt ist, betont, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten mehr als alle anderen Kreise von der Entwertung der Mark und der daraus folgenden Verteuerung der Lebenshaltung betroffen werden. Selbst in Unternehmungen, die das System der auto-matischen Anpassung der Gehälter an die Lebenskosten nach der Indexzahl anwenden, tritt die Erhöhung der Gehälter erst am Ende des Monats für den folgenden Monat ein; man muß aber während dieser Zeit während dieser Zeit, während der fast immer noch eine Erhöhung der Lebenskosten eintritt, mit den an die Bude des vorhergehenden Monats angepaßten Gehältern leben.

Der Gesekentwurf sieht vor, daß alle finanziellen Ver-pflichtungen, die aus einem Arbeitsvertrage hervorquellen, theoretisch in Goldwährung (polnische Gulden) fest-gesetzt und in polnischen Mark nach dem letzten vom Finanz-minister für die Schlußanweisungen festgesetzten Kurse bezahlt werden. (Der Kurs der Goldschonweisungen wird vom Finanz-minister nach dem Kurse des Schweizer Franken festgelegt.)

Die vor Inkrafttreten des Gesetzes in polnischen Mark fest- gesetzten Löhne und Gehälter werden zwangsweise in Gulden errechnet, und zwar auf Grund der in der ersten Aprilwoche 1923 durch die Arbeitgeber und -nehmer festgesetzten Gehälter, die durch den Kurs des polnischen Guldens am 1. April 1923 gesetzt werden. Wenn ein Arbeiter nach diesem Zeitpunkt, aber vor Inkrafttreten des Gesetzes eingestellt worden ist, so wird das in der ersten Woche seiner Einstellung festgesetzte Gehalt durch den Kurs des Guldens zu derselben Zeit geteilt.

Der Sejm hat beschlossen, diesen Gesekentwurf sofort zur Be-ratung zu stellen. Die Arbeitskommission des polnischen Zentralverbandes der Industrie, der Bergwerke, des Handels und der Finanzen hat sich gegen die Annahme des En-wurfes ausgesprochen in der Annahme, daß er zur Entwertung der Mark beitragen und dadurch sogar der Produktion nachteilig sein könne. In Wirklichkeit doch nur aus dem Grunde, um den größeren Profit festzuhalten, den der gegenwärtige Zustand ermöglicht.

Das Lohnabkommen für die Metallformer und Berufsgenossen wird für die Zeit vom 13. bis 19. August unter folgenden Be-dingungen verlängert: 1. Die Stundenlöhne werden erhöht in Klasse I um 146 000 R., in Klasse II um 141 000 R., und in Klasse III um 129 000 R., so daß die Tariflöhne betragen in Klasse I 858 000 R., in Klasse II 841 000 R., und in Klasse III 813 000 R. pro Stunde; 2. die Akkordpreise werden um 70 Proz. erhöht. Dredow, Dr. Rudolf Garig.

Die Chemigrafen, Licht- und Kupferdrucker nahmen am 17. August im Klubhaus, Ohmstraße, den Bericht von den Lohnver-handlungen entgegen. Kollege Hehr führte aus, daß die Unter-nehmer den Spruch im Buchdruckgewerbe nicht über-nehmen wollen, da ihnen der Zuspruch vom Reich nicht gezahlt werde. In der sehr brennenden Diskussion wurde vor allen Dingen gegen die Reichspolitikal Front gemacht, die es den Buchdruckunternehmern gestatte, auf Kosten der Steuerzahler ihre Profite zu machen. Für uns kann es weiter nichts geben, als an dem Spruch im Buchdruck festzuhalten, da man in den vergangenen zwei Jahren trotz besserer Konjunktur in unse-rem Gewerbe uns immer auf die schlechtesten Lohnabschlüsse der Buch-drucker festlegte. Kollege Hoff stellte im Verlauf seiner Rede fest, daß auch der Hauptvorstand den gefälligen Schiedsspruch ablehnen müsse; er bittet aber, die Verhandlungen am Mittwoch erst noch abzuwarten. Ein Antrag auf sofortigen Eintritt in den Streik erteilte nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Von

der Gruppenleitung wurde beauftragt, daß die Firma Scheel versucht habe, Küchenaufträge in anderen Anstalten fertig machen zu lassen, was aber durch die Wachsamkeit der Kollegen verhindert werden konnte. Jeder Kollege sei verpflichtet, Streiarbeit abzu- lehnen. Gruppenleitung der Chemigrafen.

Im Stettiner Hafen ist es zu einer Einigung gekommen. Den Hafenarbeitern wird auf die zuletzt gezahlten Löhne eine Zulage von 175 Proz. gewährt. Die Arbeit wird am Montag allgemein wieder im Gange sein.

Die Arbeit in den Arefelder Samtwerten wurde wieder aufge-nommen. Den Arbeitern wurde ein Stundenlohn von 500 000 R. zugewilligt. (Arefeld hat belgische Besatzung.)

Die Straßenbahn der rheinisch-westfälischen Industriebezirks erreichte eine Erhöhung ihres Stundenlohnes für diese Woche von 400 000 auf 600 000 R. sowie eine Nachzahlung von 100 000 R. pro Stunde für die vergangene Woche.

Der Generalstreik der Bergarbeiter in der Tschekoslowakei hat gestern in allen Kreisen eingelebt. Aus der Slowakei liegen noch keine Nachrichten vor. Ueberall herrscht Ordnung. Die zur Instand-haltung der Gruben notwendigen Arbeiten werden durchgeführt.

Die Arbeitszeit auf den Schweizerischen Eisenbahnen hat der schweizerische Bundesrat von durchschnittlich 8 bzw. 9 Stunden idgltlich auf durchschnittlich 8 1/2, bzw. 9 1/2 Stunden verlängert, und zwar vorderhand für das Personal des Bahnunterhaltungs- und Bahnbewachungsdienstes jeweils vom 1. April bis 31. Oktober, ferner für das Personal des Zugbegleitungsdienstes, für das Personal der Ausräumung und Reinigung des Fahrmaterials. Die durchschnittliche Dienstpflicht von 13—13 1/2 Stunden bleibt un- verändert.

Die Londoner Hafenarbeiter, die bis jetzt noch den Streik fort- gefegt hatten, haben nun ebenfalls beschlossen, die Arbeit wieder- aufzunehmen. In den letzten Tagen waren nur noch 25 Proz. der Arbeiter im Ausstand.

Die amerikanischen Bergarbeiter fordern einen Zuschlag von zwei Dollar pro Tag. Die Bergwerksbesitzer erklären, daß sie dieser Forderung nicht nachkommen können, ohne die erforderlichen Mehr- aufwendungen, die sie auf 70 Millionen jährlich schätzen, auf die Verbraucher abzumäßen. Ihren Profit wollen die Unternehmer sich nicht kürzen lassen, vielmehr wollen sie die Gelegenheit nützen, ihn zu erhöhen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Aktion, Kammerer! Donnerstag abend 7 Uhr in den Familienklub, Straßberger Straße 3: Branchenversammlung. Do- rügt über unsere Lohnverhandlungen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bez. 6, Kreuzberg. Donnerstag abend 6 Uhr im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engländer Platz, Bezirksver- sammlung.

Wirtschaft

Köln ist seit der Ruhrbeziehung zum Hauptort des geschäftigen Desinfektionsverkehrs geworden, weil die Desinfektionsordnung dort nur un-zureichend in Anwendung gebracht wird. Jetzt geben die Kölner Banken bekannt, daß sie infolge dauernder Arbeitsüber- lastung und durch die nahezu völlige Erschöpfung der An-gestellten sowie die dadurch in den inneren Betrieben eingetretenen Schwierigkeiten sich gezwungen sehen, die Geschäftstätigkeit einzu- schränken.

Cunos Erbschaft. Die schwebenden Schulden des Reiches sind in den ersten zehn Tagen des Monats August um 59,4 auf 117,8 Bil-lionen Mark angewachsen. Es ist dabei anzunehmen, daß diese Steige- rung der schwebenden Schulden, die mehr als dreimal so groß ist wie der letzte bisherige Rekord, sich als noch größer herausstellen wird, wenn noch die monatlich ausgewiesenen Schuldbeiträge des Reiches dazu kommen. Den fast 60 Billionen neuen Schulden stehen nur 1,79 Billionen an Reicheinnahmen gegenüber, so daß nur etwa 2,5 Proz. der Ausgaben des Reiches durch Steuern gedeckt waren. Das ist ein neuer schlagender Beweis für die Notwendigkeit einer Reform der Reichsfinanzgesetzgebung, die unter dem Kabinett Cuno so lange vernachlässigt worden ist und erst jetzt, wenigstens in den Anfängen, vorliegt.

Eine Stützungsaktion für den belgischen Frank, der von den französischen „Erfolgen“ an der Ruhr schwer mitgenommen wurde, ist jetzt im Gange. Eine offiziöse Havas-Note bestätigt, daß der französische Finanzminister sich mit dem Direktor der belgischen Rationalsbank Depraux über die Ausgabe einer 400-Millionen-Frank-Anleihe auf dem Pariser Markt geeinigt hat, die zum Zweck der Stützung des belgischen Frank verwendet werden soll.

Sport.

Die Weltmeisterschaft-Ringkämpfe in der Brauerei Rönigsplatz nahmen am Freitag ihren Fortgang. Am einleitenden Entscheidungskampf siegte M. Scholz, Berlin nach 56 Min. über Dr. Krüger, Breslau. Am Ringkampf um die Wähe unterlag der Holländer van den Born dem Berliner Pettigean nach 18 Min. durch Schulterwunde. Am Entschei-dungskampf am Samstag siegte Bartolm. Polon über Hein- Berlin durch Armfallgriff. Samstag 1 St. 12 Min. Sauerer-Rühmgen nach Dr. Krüger-Breslau nach 22 Min. durch Unterwurf. Am letzten Kampf siegte S. Scholz, Berlin über S. Schuchneider, Berlin durch Unterwurf nach 22 Min. Der Sonntag brachte die Entscheidung zwischen Sauerer-Rühmgen gegen M. Scholz-Berlin. Ersterer siegte nach 48 Min. durch Ringgriff und Einbeßen der Wähe. Einen äußerst interessanten Kampf lieferte der Finne Sirj gegen Pettigean in Berlin. Dem Finnen gelang es schließlich Pettigean durch Niederwurf auf beide Schultern zu legen, Ringzeit 1 St. 21 Min. Am Schlußkampf siegte S. Scholz-Berlin über van den Born-Holland durch Armfallgriff aus dem Stand nach 16 Min. Am Entscheidungskampf am Montag, Wein-Berlin gegen S. Scholz-Berlin, siegte der Finne nach 1 St. durch Hülmschwanz aus dem Stand. Ein höchstwertiges Treffen zeigten Barlowa in Polen und S. Scholz, Berlin. Der Kampf endete nach 25 Minuten unentschieden. Wölke, Bremen warf G. Sch. Rühmgen durch Armfallgriff aus dem Stand nach 25 Min. Der letzte Kampf Charuwin-Rugland gegen S. Schuchneider-Berlin endete unentschieden.

Beimvornamlich für Colliat: Richard Bernhain, Berlin-Wilmersdorf; Wirtshof; Viktor Wettern, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung; Friedrich Schuch, Berlin; Fleckstein; A. A. Köhler, Wilmersdorf; Polonius und Königsberg; Rich. Rühmgen, Wilmersdorf; Wilmersdorf; W. Wölke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag Druckerei und Verlagsanstalt Post Singer u. Co., Berlin SW. 18, Lindenstraße 2.

86 Gartenstr. 86
Zahngelisse
Gold-, Silber-Bruch, Platin
kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brillanten
zahlt unüberbleibbare Preise
R. Felske,
67 Grosse Frankfurter Strasse 67.

Reste-Haus
C. Pelz
Kellner Str. 5
Anzugstoffe
Kostüsstoffe
Kleiderstoffe
Saisdstoffe
Mäntel, Kostüme
Röcke
2% Rabatt!

Brillanten
Goldmetallbruch, Zähne taucht
Goldwaschlauge
Schneider & Sohn
Hilf. Erwin Schneider
Friedrichstraße 15, 1. Etage
an der Friedrichstraße.

Restehändig.
Haarpuder
Galtztr. 2, 4. Stock-
wildebeute
Kern-A-Laminierstoffe,
Seiden, Samt,
sämtliche Futtermaterialien
Bestand unter Preis

Hohe Preise
Brillanten, Gold-, Silber-, Platinbruch
kaufen en gros und detail
Edelmetall-Sinkaufsgesellschaft m. B.
Herrmann & Co.
Wilhelmstr. 39 Ecke Rochstraße Wilhelmsstr. 39

TRAURINGE
in jed. Größe u. Qualität, stets
vorrat, nur bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juwelier
Lichtenberg, Frauhl. Allee 202
Nähe Bahn, Lichtenb.-Friedrichstr.
Teleph. Lichtenberg 3222

Zeitungspapier
geb. Nr. 10023
Dauere-
Lampfen schützen
Sohne & Freile
Neukölln
Blugelsh. Reinhold
Friedrichstr. 176
Real. 291.

Alte Gebisse
für Zahn-
Zahn-Ankauf
B. Zymelski
Weidenhauerstr. 22
Legitimation erforderl.
Gerichtlich. 376

Geschlechtskrank-
Behandlung von Gonorrhoe, Glandu-
litis, Syphilis, Scrophulose, Hämorrhoiden,
Häris Knebel, auch mo alles ver-
loren, wurden
Zählende durch
Das neue deutsche Heilmittel, Patent,
hitzig geheilt. Viele Sanftmengen
und Heilmittel.
Gewissenhafte Regit. Stellung.
Phorosanoe, Heilanstalt,
Potsdamerstr. 109, nahe Bismarckstr.
Wilmersdorf 194, nahe Köpenicker Pl.
Strammstr. 109, nahe Köpenicker Pl.
Strammstr. 109, nahe Köpenicker Pl.
Gerechtl. täglich 10-7, Sonnt. 9-12

Prima ausgeschnittene
Ledersohlen u. Absätze
für Damen und Herren.
Bittig! — Solange Vorrat reicht!
Günstigste Kaufgelegenheit.
Fachmännische, sauberste, halt-
barste und billigste Schnell-
behergung aller Fußbekleidungen.
Ausführung, erkaufen, binnen 24 Stunden
Gummistütz- u. Sohlen in prima
Qualität. — Sämtl. Schuhbedarfs-
artikel in großer Auswahl.
Schuhhandelsvertrieb u. Lederhdlg.
„Notende“
Neukölln, Hermannstr. 211, 2. Etage.

Stellenangebote
Haben in Vorwärts
Beste Bezahlung

Durchschlag.
Schreibmaschinen-
i. Vertriebsanlagungs-
ppiere
Hefen preiswert
A. Kitz & Co.
Hilf. Berlin-Ges.
W. 57, Probenstr. 21

Wir kaufen auch kleine Posten ausgeklammte
Frauenhaare
einwandfreie Ware, und zahlen heute
2 Millionen Mark für das
für graue ein Drittel.
Haarverwertung-G., Belle-Alliance-Pl. 12!